

MONATSBERICHT JANUAR 2008

Sport	2
Neues aus den Institutionen	2
1. Treffen zwischen IOC und EU-Ministern	2
2. Weißbuch Sport: Aussprache im Kulturausschuss	2
3. Europarat warnt vor Kommerzialisierung des Sports	3
Rechtliche Fragen	4
4. Glücksspielmonopol: Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland und Schweden	4
Förderprogramme	6
5. Broschüre zur EU-Regionalpolitik	6
Verschiedenes	7
6. Runder Tisch zum sozialen Dialog im Sektor Sport	7

Sport

Neues aus den Institutionen

1. Treffen zwischen IOC und EU-Ministern

Am 28. Januar hielt das Internationale Olympische Komitee (IOC) in Lausanne ein Treffen mit EU-Sportministern und deren Vertretern ab. Ziel dieses Treffens war es, einen direkten Dialog zwischen den Regierungen und der Olympischen Bewegung zu etablieren. Diese erste Zusammenkunft war ein konkreter Schritt zu einer engeren Zusammenarbeit und fand zu einem wichtigen Zeitpunkt statt, da der Sport nun Erwähnung im EU-Verfassungsvertrag findet und die Umsetzung des Weißbuchs Sport ansteht.

Die Gespräche konzentrierten sich auf die Gewichtung des Sports innerhalb des neuen EU-Vertrags und die zukünftige Anwendung der Bestimmungen. Während des Treffens fanden auch die Autonomie und Spezifität des Sports Erwähnung und die Vertreter der Olympischen Bewegung ergriffen die Gelegenheit, erneut zu betonen, warum die Berücksichtigung der spezifischen Eigenschaften des Sports in der EU wichtig für die Zukunft des europäischen Sports ist.

Die EU-Minister und die Olympische Bewegung vereinbarten regelmäßige Beratungstreffen, die auch das Europäische Parlament und die EU-Kommission mit einbeziehen sollen.

2. Weißbuch Sport: Aussprache im Kulturausschuss

Am 22. Januar fand im federführenden Kultur- und Bildungsausschuss des Europäischen Parlaments eine Aussprache zum Berichtsentwurf des Berichterstatters Manolis Mavrommatis (EVP, Griechenland) zum Weißbuch Sport statt.

Emine Bozkurt (SPE, Niederlande) begrüßte den Berichtsentwurf, wies aber darauf hin, dass es keine Rechtssicherheit für den Sport gebe, da die Praxis der Einzelfallentscheidung zu unvorhersehbaren Auswirkungen führe. Der Sport falle unter das Subsidiaritätsprinzip und bedürfe keiner zusätzlichen Regelungen durch die EU.

Ivo Belet (EVP, Belgien) sieht die EU durch das Weißbuch auf dem Weg zu einer europäischen Sportpolitik. Das Recht der Sportorganisationen zur Selbstregulierung sei in dem Bericht allerdings noch nicht genügend berücksichtigt. Belet unterstützte außerdem die Zentralvermarktung von

Medienrechten.

Christa Prets (SPE, Österreich) wies auf den gestiegenen Stellenwert des Sports in der EU hin. Dies dürfe nicht dazu führen, dass in die Selbstorganisation der Sportorganisation eingegriffen werde. Sie forderte auch eine deutlichere Absage an Liberalisierungsbestrebungen im Bereich der Glücksspiele. Die Mitgliedstaaten sollen entscheiden, ob Glücksspiele von staatlichen Stellen auszurichten sind oder nicht.

Giusto Catania (Grüne, Italien) betonte die pädagogische Leitfunktion des Sports. Sport sei aber auch ein Markt, und die wirtschaftlichen Erfolge verschärften die Gewalt. Um Monopole der großen Vereine bei der Zuteilung der Gelder aus dem Verkauf der Medienrechte zu verhindern, müsse das Parlament darauf dringen, dass die Ressourcen solidarisch verteilt werden.

Für Pál Schmitt (EVP, Ungarn) hat der Sport eine wichtige strategische Funktion für die EU. Im Vergleich zu seiner wirtschaftlichen Rolle sei er unterfinanziert. Kein Mitgliedstaat gebe mehr als 1,5 % seines Bruttosozialproduktes (BSP) für die Sportförderung aus, wohingegen der Beitrag des Sports zum BSP bei 3 bis 4 % liege.

Die Einreichungsfrist für Änderungsanträge endet am 1. Februar 2008. Die Abstimmung über den Berichtsentwurf im Ausschuss findet voraussichtlich am 31. März 2008 statt. Abschließend soll das Plenum in der Woche vom 21. bis 24. April 2008 in Straßburg über den Initiativbericht abstimmen.

3. Europarat warnt vor Kommerzialisierung des Sports

Bei einem Treffen am 24. Januar warnte die Parlamentarische Versammlung des Europarates (PACE) in Straßburg, dass der beispiellose Anstieg der wirtschaftlichen Gewichtung einiger Berufssportarten – insbesondere im Zusammenhang mit Fernsehübertragungsrechten – zu einer Bedrohung für Europas demokratische Vision des Sports, der für alle zugänglich ist, werden könnte.

Die Versammlung rief die europäischen Regierungen dazu auf, „das europäische Sportmodell aufrecht zu erhalten, welches auf den Zwillingsprinzipien der finanziellen Solidarität und Wettbewerbsoffenheit beruht“. Eine bessere Zusammenarbeit zwischen der Sportverwaltung und Regierungsbehörden sei notwendig, um Korruption, dem Handel mit jungen Athleten, Beeinflussung von Spielen und illegalem Glücksspiel Einhalt zu gebieten.

Die Parlamentarier betonten, dass die Spezifität des Sports anerkannt und die Autonomie von Sportverbänden geschützt werden müsse. Auch verdiene der

entgeltlose Beitrag zahlreicher Ehrenamtlicher im Sport Anerkennung und sollte wenn nötig, steuerlich oder anderweitig unterstützt werden.

Rechtliche Fragen

4. Glücksspielmonopol: Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland und Schweden

1. Deutschland

Die Europäische Kommission hat am 31. Januar ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland wegen Beschränkungen des Glücksspielangebotes eingeleitet. Im Mittelpunkt der Überprüfung steht die Frage der Vereinbarkeit einiger Bestimmungen des neuen Staatsvertrags mit der im EG-Vertrag garantierten Kapital- und Dienstleistungsfreiheit.

Der neue Staatsvertrag zum Glücksspielwesen in Deutschland trat am 1. Januar 2008 in Kraft. Die Europäische Kommission untersucht folgende Regelungen hinsichtlich der Vereinbarkeit mit den EU-Binnenmarktvorschriften:

- Generelles Verbot von Glücksspielen im Internet (v.a. Sportwetten)
- Beschränkungen der Fernseh-, Internet-, Trikot- und Bandenwerbung
- Verbot für Finanzinstitute, Zahlungen im Zusammenhang mit nicht erlaubtem Glücksspiel zu verarbeiten
- Zulassungsverfahren für Spielervermittler
- Sanktionen und Geldbußen für die Veranstaltung, Werbung und Teilnahme von bzw. an Online-Glücksspielen

Die Kommission weist auf den Widerspruch hin, dass Internet-Pferdewetten und das Glücksspiel an Spielautomaten nicht verboten sind. Auch die Werbung für Glücksspiele per Post, in der Presse und im Radio sei weiterhin erlaubt.

Nach der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes müssten Beschränkungen des Glücksspiels aus Gründen des Allgemeininteresses „kohärent und systematisch“ zur Begrenzung der Wetttätigkeit beitragen. Nach Ansicht des Gerichtshofes könne ein Mitgliedstaat somit nicht vorgeben, dass er sich gezwungen sehe, den Zugang seiner Bürger zu Wettangeboten einzuschränken, wenn er sie gleichzeitig dazu ermuntere, an staatlichen Glücksspielen teilzunehmen.



<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/119&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

2. Schweden

Die Europäische Kommission ersucht Schweden offiziell um Auskunft über nationale Rechtsvorschriften zur Beschränkung des Angebots bestimmter Glücksspiele und der Werbung hierfür. Die Kommission hatte bereits im April 2006 im Zusammenhang mit Sportwetten ein ähnliches Auskunftsersuchen an Schweden gerichtet. In diesem neuen Fall soll überprüft werden, inwieweit die einzelstaatlichen Bestimmungen für Pokerspiele und Pokerturniere mit der in Artikel 49 EG-Vertrag gewährleisteten Dienstleistungsfreiheit vereinbar sind. Die Untersuchung der Kommission beschränkt sich auf die Kompatibilität der in Frage stehenden nationalen Maßnahmen mit dem Gemeinschaftsrecht.

Mit einem „Aufforderungsschreiben“ der Kommission ist die erste Stufe eines Vertragsverletzungsverfahrens eingeleitet worden. Schweden und Deutschland haben 2 Monate Zeit, um auf die Anfrage der Kommission zu antworten.

3. Zur Situation in Österreich – Die Sportwettensteuer

Auf die Sportwetten-Problematik in Österreich wurde bereits aufmerksam gemacht (z.B. Memo 07–29): Sportorganisationen schaffen durch die Organisation von Sportwettkämpfen die Wertschöpfungsstufe „Sportwetten“. Mehrere Sportwettendienstleister profitieren davon. Obwohl der organisierte Sport diese Wertschöpfungsstufe „Sportwetten“ schafft, verdient er in Österreich – im Gegensatz zu anderen europäischen Staaten wie Deutschland, Finnland, Frankreich, Schweden, Tschechien etc. – nichts daran. Dies bedingt einen Wettbewerbsnachteil für den Sport in Österreich.

Der Österreichische Nationalrat revidierte im Jahr 2005 mit der Änderung des Gebührengesetzes die Sportwettensteuer. Nunmehr soll eine zweiprozentige Steuer auf die Einnahmen der in Österreich umgesetzten und vermittelten Sportwetten abgeführt werden.

Nach langwierigen Recherchen konnte eruiert werden, dass im Jahr 2006 schätzungsweise (!) 13 Millionen Euro über diese Steuer eingenommen wurden. Steuerstatistisch werden die Einnahmen aus der Sportwettensteuer leider nicht erfasst, weshalb die Benennung konkreter Zahlen nicht möglich ist.



Siehe: Artikel III Änderung des Gebührengesetzes 1957 (runterscrollen)

<http://ris1.bka.gv.at/authentic/findbgbl.aspx?name=entwurf&format=html&bgblnr=BGBl.%20%20Nr.%20105/2005>

Förderprogramme

5. Broschüre zur EU-Regionalpolitik

Die Generaldirektion Regionalpolitik der Europäischen Kommission veröffentlichte im Januar eine Broschüre zur EU-Regionalpolitik während der Förderperiode 2007–2013.



http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/presenta/working2008/work_de.pdf

Verschiedenes

6. Runder Tisch zum sozialen Dialog im Sektor Sport

Am 25. Januar lud die Österreichische Bundes-Sportorganisation gemeinsam mit der European Association of Sport Employers (EASE) zum Runden Tisch „der soziale Dialog im Sektor Sport“ ein. Zum ersten Mal in der Geschichte des österreichischen Sports saßen Sportfunktionäre sowie Vertreter der Wirtschaftskammer und Gewerkschaft an einem Tisch, um gemeinsam dem in Österreich noch wenig entwickelten sozialen Dialog im Sektor Sport neue Impulse zu geben.

Nach Auffassung von Emilie Coconnier, EASE-Repräsentantin, wird der soziale Dialog aufgrund der Kommerzialisierung und Professionalisierung des Sports immer wichtiger und sollte deshalb sowohl auf nationaler als auch europäischer Ebene verstärkt geführt werden.

Die Abschlussveranstaltung der Serie der „runden Tische“ in Europa wird vom 7.-8. Februar 2008 in Arnhem/ Papendal, Niederlande, stattfinden.



Für weitere Informationen wenden Sie sich an das BSO-Verbindungsbüro.